

## **Dr. Anja Reinalter (Bündnis 90/Die Grünen):**

**1a)** Für uns steht fest: Entwicklungspolitik hat das Ziel, allen Menschen – unabhängig von ihrem Lebensort – ein selbstbestimmtes und nachhaltiges Leben zu ermöglichen. Eine effektive Entwicklungspolitik können wir nur mit ausreichend finanziellen Mitteln umsetzen. Die wohlhabenden Industriestaaten haben sich gemeinsam darauf geeinigt und im Rahmen der Vereinten Nationen (VN) dazu verpflichtet, jährlich mindestens je 0,7 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für die Zusammenarbeit mit Ländern im Globalen Süden zur Verfügung zu stellen.

In den letzten Jahren hat Deutschland dieses Ziel mehrfach erreicht. Allerdings müssen wir uns angesichts der im Haushaltsentwurf vorgesehenen starken Kürzungen und der Zunahme globaler Herausforderungen die ehrliche Frage stellen: Sind die Bedarfe gedeckt und ist der Anteil Deutschlands fair?

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass Deutschland seine internationalen Zusagen einhält und mindestens die vereinbarte Quote von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in Entwicklungszusammenarbeit investiert. Darüber hinaus stellen wir zusätzliche Mittel für den Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt an Land und im Meer bereit.

Für uns Grüne ist zudem klar: Wir stehen fest an der Seite der Ukraine - mit diplomatischer, finanzieller, humanitärer und militärischer Unterstützung.

**1b)** Wir verstehen grüne Entwicklungspolitik als Strukturpolitik. Wir wollen globale Strukturen fair und nachhaltig gestalten, um historische Ungerechtigkeiten zu mindern. Die Kolonialzeit hat nicht nur die damaligen Gesellschaften und Wirtschaftssysteme geprägt, ihre Folgen sind bis heute spürbar. Unsere globalen Machtstrukturen und Wirtschaftsbeziehungen basieren weiterhin auf Ungleichheiten. Dies zu überwinden ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch die Voraussetzung für ein Leben in Würde für alle Menschen und die Chance auf eine friedliche Zukunft.

Dafür setzen wir uns nicht nur finanziell, sondern auch politisch ein. So unterstützen wir die gerechte Ausgestaltung multilateraler Gremien wie den UN-Sicherheitsrat, damit alle Weltregionen ausgeglichen repräsentiert sind.

**2)** Die Afrika-Strategie des BMZ hat vor allem den sozial-ökologischen Wandel der Wirtschaft im Fokus. Dabei ist besonders begrüßenswert, dass sowohl die junge Generation als auch Frauen und vulnerable Gruppen in den Mittelpunkt gestellt werden. Die Bundesregierung identifiziert in ihrer Strategie die wichtigsten Herausforderungen, die wir mit unseren afrikanischen Partnern angehen: Vom Aufbau und Stärkung sozialer Sicherungssysteme, über Gesundheit und Ernährungssysteme bis hin zu Frieden und Sicherheit. Besonders das Kapitel zu feministischer Entwicklungspolitik und Geschlechtergerechtigkeit begrüßen wir. Denn von der gesellschaftlichen Teilhabe aller profitiert die gesamte Gesellschaft. Wichtig ist hierbei jedoch nicht nur den Anteil an Frauen als Begünstigte von deutscher Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, sondern aktiv an langfristigen, transformativen Ansätzen für mehr Geschlechtergerechtigkeit mit den Partnerländern zu arbeiten.

Die Anschlussfähigkeit an die afrikanischen Strategien auf verschiedenen Ebenen und somit Umständen vor Ort unserer Partnerländer steht in allen Themen für eine grüne Entwicklungspolitik an erster Stelle.

**3)** Wie bereits erwähnt: Wir verstehen grüne Entwicklungspolitik als Strukturpolitik. Nur faire Strukturen können historische Ungerechtigkeiten mindern. Unsere globalen Machtstrukturen und Wirtschaftsbeziehungen basieren weiterhin auf Ungleichheiten. Missstände in verschiedenen Ländern werden oft durch ungleiche Verbindungen zu anderen Ländern beeinflusst: Nahrungsmittelspekulationen am Weltmarkt treiben Lebensmittelpreise vor Ort in die Höhe, der russische Angriffskrieg auf die Ukraine reduziert den Export von ukrainischen Lebensmitteln und hinterlässt Versorgungslücken besonders in afrikanischen und asiatischen Regionen. Daher ist es umso wichtiger, dass Deutschland seinen wirtschaftlichen Einfluss nutzt, um solche strukturellen Herausforderungen anzugehen und dass wir weiterhin an der Seite der Ukraine stehen.